

# Monopole, Macht und Mord (Teil 2)

Regierungen schützen uns nicht vor Gewalt. Sie üben sie aus. Regierungen schützen uns auch nicht vor Kriegen. Sie führen sie. Aber initiieren sie diese auch? Profitieren sie davon? Nein. Denn Regierungen sind so tonangebend wie vergänglich. Persistent dagegen ist der transgenerational wirkende, letale Machthunger einer Kaste skrupelloser Schreibtischträger – der Kaste der Bankster.

Fortsetzung meines [Textes](#) vom 30.06.2024



Bild: Jim Watkins @ Occupy Wall Street

Die Verabschiedung des Federal Reserve Acts markierte 1913 einen Paradigmenwechsel auf dem Feld des »*International Banking*«. Anstatt nur den Finanzmarkt einer Nation zu kontrollieren und sich die jeweilige Regierung durch Schuldnechtschaft gefügig zu machen, trachtete das vom Erfolg in den USA beflügelte Bankenkartell nun nach globaler Marktkonsolidierung. Ziel: die weltumspannende Zentralisierung,

Koordination und Kontrolle von Finanzmacht. Und damit von Regierungen, Wirtschaft und Gesellschaft. Ein omnipotentes Imperium auf Basis von Verträgen, Verordnungen, Verpflichtungen und Verbindlichkeiten. Empire, Commonwealth, Global Governance – so die Evolutionsstufen der Machtergreifung. Die neue Doktrin der Prädatorenkaste: Kontrolle der Gedanken, anstatt Versklavung der Körper.

Wie die Bankenkartelle aufkeimende Kritik an ihrer Machtfülle geschickt zum eigenen Vorteil nutzen, zeigt die kurze Passage eines Textes von [HISTORY](#) über J.P. Morgan:

»Morgan wurde zunächst weithin dafür gelobt, dass er Wall Street aus der Finanzkrise von 1907 geführt hatte. In den darauffolgenden Jahren wurde der beliebte Bankier mit dem Schnauzbart und dem schroffen Auftreten jedoch zunehmend von Enthüllungsjournalisten, progressiven Politikern und anderen kritisiert. Er habe zu viel Macht und könne das Finanzsystem zu seinem eigenen Vorteil manipulieren. 1912 wurde Morgan vor einen Kongressausschuss unter Vorsitz des US-Abgeordneten Arsene Pujo aus Louisiana geladen, um die Existenz eines Geldtrusts zu untersuchen, einer kleinen Kabale von Wall-Street-Elitefinanziers, zu denen auch J.P. Morgan gehörte, die angeblich gemeinsame Sache machten, um das amerikanische Bankwesen und die amerikanische Industrie zu kontrollieren. Die Anhörungen des [Pujo-Ausschusses](#) trugen zur Gründung des Federal

*Reserve Systems im Dezember 1913 bei und förderten die Verabschiedung des Clayton Antitrust Act von 1914.«*

Viele Länder Europas befanden sich während des über Generationen andauernden Gerangels um die Etablierung einer Zentralbank in den USA längst im Würgegriff der Bankenmafia. Bereits 1668 wurde mit der schwedischen [Riksbank](#) das erste als Zentralbank betitelte Kreditinstitut aus der Taufe gehoben. 1694 wurde die [Bank of England](#) gegründet, das einflussreichste Geldinstitut seiner Ära. Und am 16. Januar 1800 legte Napoleon den Grundstein für die [Banque de France](#). Sie sollte sich der Stabilisierung der Währung und Schaffung von Liquidität widmen, weil sich das französische Bargeld seit der Revolution grassierender Hyperinflation ausgesetzt sah. Diese frühen Zentralbanken brachten private Noten in Umlauf, die als offizielle Landeswährung fungierten. Auf deren Her- und Bereitstellung hatten sie quasi ein [Monopol](#).

Die primäre Aufgabe bestand also darin, ein stabiles Inlandszahlungsmittel herauszugeben und die Umlaufmenge des Geldes zu kontrollieren. Darüber hinaus versorgten die Zentralbanken den jeweiligen Staat mit Liquidität. Dazu verkaufen Zentralbanken [Staatsanleihen](#), also festverzinsliche Wertpapiere des Staates, was nichts anderes als ein Handel mit Schuldscheinen ist, die den Besitzer berechtigen, Geld vom Staat zu fordern. So gesehen ist die Emission von Staatsanleihen eine Form des »Crowdfunding«. Will sich ein Staat ein paar Milliarden leihen, wird dieser Betrag durch Staatsanleihen auf eine große Anzahl von Anleger verteilt. Im Gegenzug verpflichtet sich der Staat, den Gläubigern nach Ablauf der Laufzeit den Nennwert der Anleihe auszuzahlen und regelmäßig Zinsen auszuschütten.

Versucht man, diesen Prozess ohne die Seriosität heischenden Finanzmarktbegriffe zu beschreiben, könnte man auch sagen: Wenn der notorisch klamme Staat wieder Geld von der Zentralbank leihen will, gibt diese Schuldscheine heraus und verkauft sie der Bevölkerung, die in trügerischer Sicherheit gewogen wird und sich von der Anlage einen kleinen Gewinn erhoffen darf – wenn der Staat über die Laufzeit der Anlage zahlungsfähig bleibt. Staatsanleihen gelten als besonders sichere Anlageform. Das bezieht sich vor allem auf vermeintlich finanzstarke Länder, wo sicherheitsorientierte Anleger dafür nur mit einer geringen Verzinsung rechnen dürfen. Wer höhere Renditen erzielen möchte, kann in [Schwellenländer](#) wie Brasilien, Südafrika oder die Türkei investieren, muss dafür aber auch mit höheren Ausfallrisiken rechnen.

In der Realität [sinken](#) die Renditen auf Staatsanleihen, abgesehen von ein paar kurzen Verschärfpausen, seit den 90er Jahren konstant. Erzielte man mit deutschen Bundesanleihen vor 30 Jahren noch um acht Prozent, sind es im Mai 2024 im Schnitt noch [2,53](#) Prozent. Je nach [Papier](#). Zu Beginn der Corona-Krise rutschten nicht wenige unter die Nulllinie – darunter auch Anleihen so finanzstarker Staaten wie Deutschland, Österreich, Niederlande oder Schweiz, wo die Rendite von eidgenössischen Bundesobligationen nur

noch bei [0,649](#) Prozentpunkten liegt. Kein Wunder. Denn die vom Finanzmarktkartell gemolkenen Staaten sind pleite. Allesamt. Die [Staatsverschuldung](#) in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) beläuft sich in den USA auf 122, in Großbritannien auf 101 und in [Deutschland](#) auf 63 Prozent (Stand: 12/2023). Die deutsche [Schuldenuhr](#) visualisiert das Desaster – 3.581 EUR schlagen pro Sekunde zu Buche. Der Bund der Steuerzahler ([BdSt](#)) führt diesbezüglich aus:

*»Zur Veranschaulichung dieser Zahl dient folgendes Gedankenspiel: Ab sofort werden keine Schulden mehr aufgenommen und die öffentliche Hand gesetzlich verpflichtet, neben allen anderen Ausgaben jeden Monat eine Milliarde Euro an Schulden zu tilgen. Mit dieser Verpflichtung würde es bis ins Jahr 2232 dauern, um den Schuldenberg der Bundesrepublik Deutschland vollständig abzutragen.«*

Die USA würden im Rahmen dieses Szenarios also weit über das Jahr 2400 hinaus tilgen, um ihre Staatsschulden loszuwerden. Zinsänderungen vorbehalten. Dazu erklärt der BdSt:

*»Außerdem entsteht eine immer größere Anfälligkeit des Staates für Zinsänderungen an den Geld- und Kreditmärkten. So musste der Bund am Ende der Niedrigzinsphase 2021 weniger als drei Milliarden Euro für seine Schulden in Form von Zinsverpflichtungen zahlen – Ende 2023 waren es dann mehr als vierzig Milliarden Euro! Erhöhen sich die Zinsen mittelfristig um nur einen Prozentpunkt, steigen die Zinskosten allein des Bundes um bis zu siebzehn Milliarden Euro pro Jahr.«*

Es wird deutlich: Die Staaten dieser Welt sind nicht nur pleite, sie haben auch keinerlei realistische Chance, ihre Schulden jemals abzutragen. Sie sind der Bankenmafia und deren nachgeordneten Globalistenzirkeln ausgeliefert. Ihre einzige »Einnahmequelle« sind die Bürger, die über Investmentblasen, steigende Abgaben, Subventionswahn und Öko-Ablasshandel sukzessiv enteignet werden. Und genau das war das Ziel des Zentralbankensystems.

Wie der Zufall es will, entstand die Federal Reserve Bank (FED) nur ein Jahr vor Beginn des Ersten Weltkrieges; jener blutigen, von angloamerikanischen Eliten [provozierten](#) Zäsur, die eine vollständige Internationalisierung des Zentralbankensystems erst ermöglichte. Die FED [finanzierte](#) den Krieg mit sogenannten »Liberty Loans«. Zwölf Jahre nach Kriegsende gründete die Finanzmarktafia die [Bank für Internationalen Zahlungsausgleich](#) (BIZ). Vorgeblich, um die Reparationszahlungen Deutschlands abzuwickeln. Damit ist die BIZ die älteste internationale Finanzorganisation der Welt. Mitglied der im Oktober 1929 konferierenden Expertenkommission zur BIZ-Gründung war auch NSDAP-Mitglied [Hjalmar Schacht](#), »[Hitlers Bunker](#)«, von 1923 bis 1939 fast durchgehend Reichsbankpräsident und von 1934 bis 1937 zusätzlich Reichswirtschaftsminister des NS-Regimes. Ebenfalls durch den Ersten Weltkrieg ermöglicht wurde die Gründung des [Völkerbundes](#), der Vorläuferorganisation der Vereinten Nationen (UN).

Der [Frieden](#) von Versailles, von dem der durch [Round-Table](#)-Intimus [Alfred Milner](#) eingesetzte Oberbefehlshaber der Alliierten, [Ferdinand Foch](#), [sagte](#), es sei »*kein Friedensvertrag, sondern ein Waffenstillstand für zwanzig Jahre*«, war analog seiner Prophezeiung bald zu Ende. Stufe zwei der geostrategischen Rekalibrierung des Finanzmarktes wurde geziündet. Nachdem die US-Finanzeliten in den 1930er Jahren zunächst einen faschistischen Diktator im eigenen Land [installieren](#) wollten, damit jedoch scheiterten, [finanzierten](#) sie Adolf Hitler. »*Märkte lieben totalitäre Regierungen*«, wie [Larry Fink](#) (CEO BlackRock) zu sagen pflegt. So [kollaborierte](#) die New Yorker Investmentbank [Union Banking Corp.](#) (UBC) mit [Fritz Thyssen](#). Eines der sieben Gründungsmitglieder der UBC war [Prescott Bush](#), Großvater des ehemaligen US-Präsidenten. Ford und General Motors lieferten Fahr- und Flugzeuge an Nazi-Deutschland. Equipment, ohne das ein Angriff auf Polen oder Russland nie stattfinden könnten, wie die [Washington Post](#) in einem Artikel vom 30. November 1998 festhält.

Auch Schweizer Banken [unterstützten](#) Hitlers Diktatur. Sie horteten Gelder von NSDAP-Granden, verschoben Raubkunst und konfisierte [Vermögen](#) der von den Nazis verfolgten Juden. Die im Frühjahr 2023 unter fragwürdigsten Umständen und dank [260 Milliarden](#) Schweizer Franken staatlicher Garantien in der UBS [aufgegangene Credit Suisse](#) hielt noch bis ins Jahr 2002 das Konto eines bei den Nürnberger Prozessen verurteilten NS-Kommandeurs. Und bis 2020 das Konto eines mit dem Nazi-Regime in Verbindung gebrachten Offiziellen, der sich nach Argentinien abgesetzt hatte.

Kriminelle Vereinigungen waren Großbanken schon immer. Doch was nach dem Ersten Weltkrieg mit der Gründung [diverser](#) Zentralbanken und der BIZ im Jahr 1930 begann, entwickelte erst mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges volles Momentum. Am 1. Juli 1944, zwei Monate *vor* der offiziellen Einstellung der Kampfhandlungen, legte das supranationale Bankenkartell mit der [Bretton Woods](#) Konferenz den Grundstein für das bis dato herrschende Finanzsystem. Die angloamerikanischen Machtzirkel hatten es eilig. Mit ihrer Führungsrolle in puncto Nachkriegsordnung wollten sie sicherstellen, dass der von der Federal Reserve kontrollierte US-Dollar zur globalen Leitwährung erhoben wird.

Dann ging es Schlag auf Schlag. Als direkte Kriegsfolge entstanden 1945 die [Weltbank](#), der [IWF](#) (Internationaler Währungsfonds) – wobei der IWF eher eine Bank und die Weltbank eher ein Fonds ist – und die [Vereinten Nationen](#). 1948 wurde die [People's Bank of China](#) gegründet, die chinesische Zentralbank. 1973 wurde [SWIFT](#) ausgerollt, das [sanktionsfreudige](#) SWIFTNet Datenverarbeitungs- und Kommunikationssystem, das den internationalen Zahlungsverkehr sowie die Interbankenkommunikation zentralisieren, sichern und vereinfachen sollte. Ein System, das nach eigenen [Angaben](#) vertrauliche Daten seiner Kunden mit europäischen und amerikanischen [Sicherheitsbehörden](#) teilt. Ultimative Sicherheit scheint aber auch SWIFT nicht zu bieten. 2016 erbeuteten Hacker [81 Millionen](#)

Dollar, weil sie in das SWIFT-System der Zentralbank von Bangladesch eindringen konnten.

Parallel zur voranschreitenden Internationalisierung des Zentralbanknetzwerkes arbeiteten die Rockefellers, Bushs und Kissingers dieser Welt in den 70ern fieberhaft daran, [China](#) gen Westen zu »öffnen«. Der transatlantische Korporatismus nutzte das Land als Pilotprojekt für die [technokratisch](#) gesteuerte Gesellschaft der Zukunft. Am 15. August 1971 dann der sogenannte [Nixon-Schock](#) – die Aufhebung des [Goldstandards](#). Die Ära des gegenwertlosen Fiat-Geldes begann. Eine Idee, auf die Nixon sicher nicht alleine kam. Die [SZ](#) schrieb dazu am 15. August 2021 unter dem Titel »*Als Nixon das Währungssystem in die Luft sprengte*«:

» (...) Davon war jedenfalls ein weitgehend unbekannter Ökonom im amerikanischen Finanzministerium überzeugt. Er hieß [Paul Volcker](#) und sollte später berühmt werden als Chef der Notenbank Federal Reserve (1979 bis 1987) und Berater von Präsident Barack Obama in der Finanzkrise (2009). Anfang 1969 jedoch war er gerade von einer Bank ins Ministerium gewechselt, als Staatsekretär für Währungskrisen. Eigentlich stand Volcker den Demokraten nahe, trotzdem trat er nach dem Amtsantritt des Republikaners Nixon in die Regierung ein, weil er eine Chance sah, die Geldentwertung in den USA zu bekämpfen. (...) Das Konzept flexibler Wechselkurze stammte ursprünglich von dem Ökonomen Milton Friedman, der an der Universität Chicago lehrte. Friedman und die ihm nahestehenden Monetaristen wollten, dass sich der Staat heraushielte, nicht nur aus den Devisenmärkten, sondern auch aus der Konjunktursteuerung überhaupt. Stattdessen sollten die Notenbanken nur dafür sorgen, dass die Geldmenge kontrolliert wuchs, sodass die Preise stabil blieben. Friedman wurde 1976 mit dem Wirtschaftsnobelpreis ausgezeichnet. Als erste Notenbank übernahm die Bundesbank 1973 Friedmans Ideen und gab sich ein monetaristisches Geldmengenkonzept. Da sie den Dollar nicht mehr stützen musste, konnte sie sich ganz dem Kampf gegen die Inflation widmen. Damit wuchsen Macht und Ansehen der Frankfurter Notenbanker. Der Nixon-Schock hatte in Europa noch eine weitere Spätfolge: Die Europäer schlossen sich zusammen, um untereinander die Wechselkurse zu fixieren. Das begann 1972 mit der sogenannten Währungsschlange, an der die Mitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), dazu Großbritannien, die Schweiz und einige andere teilnahmen. Der Schlange folgte 1979 das Europäische Wirtschaftssystem, das auf dem Kontinent einen einheitlichen Wirtschaftsraum schaffen sollte. Die Krönung dieser Entwicklung war 1998 der Euro.«

Mit der Aufhebung des Goldstandards für die Weltleitwährung war der finanzpolitische Grundstein für die »*Neue Weltordnung*« gelegt, von der [George Bush](#) oder [David Rockefeller](#) schon Anfang der 90er gerne sprachen.

»*Wir stehen am Rande einer globalen Transformation. Alles was wir brauchen ist die richtige große Krise und die Nationen werden die Neue Weltordnung akzeptieren.*« ([David Rockefeller](#) bei einem UN-Dinner, 1994)

Geldschöpfung aus dem Nichts ist das Fundament für den Kasino-Kapitalismus und Devisen-Kolonialismus der »*Global Governance*«. Zementiert wurde es durch die Ausweitung des Einflusses der Zentralbanken auf die Wirtschaft der jeweiligen Staaten. Unter dem Vorwand, Währung, Inflation, Finanzmarkt und Wechselkurse international stabil halten zu müssen, bauten die Banken ihren Tätigkeitsbereich nach dem Zweiten Weltkrieg kontinuierlich aus. Jetzt befinden sie sich auf der Zielgeraden – denn mit der Einführung von international konvertierbaren Digitalwährungen haben sie künftig absolute Kontrolle über jede einzelne Transaktion am Markt.

»*Wir wissen heute nicht, wer einen 100-Dollar-Schein verwendet, und wir wissen heute nicht, wer einen 1.000-Peso-Schein verwendet. Der Hauptunterschied zur CBDC besteht darin, dass die Zentralbank die absolute Kontrolle über die Regeln und Vorschriften hat, die die Verwendung dieses Ausdrucks der Zentralbankhaftung bestimmen, und wir werden auch über die Technologie verfügen, um dies durchzusetzen.*« (Augustín Carstens, General Manager BIZ)

Mangelnde Kontrolle über Zahlungssysteme scheint Carstens generell nervös zu machen, wie Auszüge einer Rede bei der BIZ aus dem Jahr 2018 zeigen:

»*Neue Technologie ist nicht gleichzusetzen mit besserer Technologie oder wirtschaftlichem Fortschritt. (...) Dies gilt eindeutig für Bitcoin: Was vielleicht ursprünglich als alternatives Zahlungssystem ohne staatliche Beteiligung gedacht war, ist inzwischen zu einer Mischung aus Finanzblase, Ponzi-System und Umweltkatastrophe geworden.*«

Deswegen haben sich die Bankenkartelle über Gesetzgebungsverfahren nun auch beim Bitcoin eingemischt und die einstmals gute Idee eines Peer-2-Peer-Zahlungssystems durch das Einziehen von Skalierungsebenen usurpiert. Institutionalisiert. Jetzt verwenden Wall Street, City of London oder UN-/IWF-Entwicklungshilfeprogramme digitales Geld zur »Krypto-Kolonialisierung« von Entwicklungsländern. Anonyme Wallets, Transaktionen oder Handelsplattformen dürfen bald der Vergangenheit angehören. Zwangsschließungen und Gerichtsprozesse gegen entsprechende Unternehmen gehören in den USA mittlerweile zur Tagesordnung. »*Finanziellen Paternalismus*« nennt es der Europaabgeordnete Patrick Breyer.

Wer nicht kooperiert, wird vom Markt gedrängt – oder vernichtet. Ein altbewährtes Vorgehen. Den Begriff Prädatorenkaste verwende ich in solchen Zusammenhängen nicht von ungefähr. Regierungen, die kein Interesse an oktroyierter Finanzmarktpolitik zeigten, machten schon in der Vergangenheit rasch Bekanntschaft mit den handfesteren Argumenten der Finanzmarktmafia. Siehe Regime-Change-Aktivitäten des angloamerikanischen Imperiums, »United Fruit« versus Guatemala im Jahr 1952, oder die Vorgänge in

Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Dominikanische Republik, Nicaragua und Panama – um nur einige wenige zu nennen. Denn die Liste ist lang.

Mit dem Ausbau der »*regelbasierten internationalen Ordnung*« änderte sich das Vorgehen der Bankenkartelle. Gewaltanwendung war kostenintensiv, risikobehaftet und erzeugte negative Schlagzeilen. Dank des technologischen Fortschritts und integrativer Entwicklungen in puncto Weltfinanzsystem war es nicht mehr das erste Mittel der Wahl, Präsidenten zu ermorden, Invasionen loszutreten oder Regierungen mittels Finanzierung oppositioneller Kräfte auszutauschen, um Staaten in monetäre Abhängigkeit zu treiben. Die Ära der »[Economic Hit Men](#)« – der Wirtschaftskiller – begann und zeichnete sich durch Diskretion aus. Durch geräuschloses Töten. Das gleichnamige [Buch](#) des Insiders [John Perkins](#) beschreibt eindrücklich, wie das wertewestliche Imperium Schwellenländer mit Entwicklungshilfekrediten ruinierte, um so langfristige Kontrolle über deren Finanzmarkt und Ressourcen zu erlangen.

»*Wirtschaftskiller sind hochbezahlte Profis, die Länder rund um den Globus um Billionen von Dollar betügen. Sie schleusen Geld von der Weltbank, der US-Behörde für internationale Entwicklung (USAID) und anderen ausländischen Hilfsorganisationen in die Kassen riesiger Konzerne und in die Taschen einiger weniger reicher Familien, die die natürlichen Ressourcen des Planeten kontrollieren. Zu ihren Werkzeugen zählen betrügerische Finanzberichte, Wahlfälschungen, Bestechungsgelder, Erpressung, Sex und Mord. Sie spielen ein Spiel, das so alt ist wie das Imperium, jedoch in Zeiten der Globalisierung neue und erschreckende Dimensionen angenommen hat.*«

Das wohl wichtigste Werkzeug zur Konsolidierung von Finanzmacht im Rahmen der postmodernen Pluralismussimulation ist die Bildung von Währungsblöcken. Dementsprechend markiert die Gründung der Europäischen Zentralbank ([EZB](#)) im Jahr 1998 einen wahren Meilenstein auf dem Weg zur finanziellen Weltherrschaft. 20 Länder nutzen den Euro bereits als Landeswährung. In Dänemark und Bulgarien ist die Währung einseitig an den Euro gebunden. Polen, Rumänien, Schweden, Tschechien und Ungarn sind zwar EU-Mitglieder, haben aber bisher weder eine Wechselkursbindung noch den Euro eingeführt. Das »*Europäische System der Zentralbanken*« ([ESZB](#)), dessen [Regularien](#) dennoch für die [Zentralbanken](#) aller 27 EU-Staaten gilt, fungiert als Blaupause für andere im Aufbau befindliche Währungsunionen.

Vielversprechender Kandidat derzeit: Die BRICS-Staaten. Diese gründeten bereits 2014 eine eigene »[Weltbank](#)«, die [New Development Bank](#) (ehem. BRICS Development Bank), und diskutieren seither weitere Schritte in Richtung [Währungsunion](#). Auch für [Afrika](#) und [Ostasien](#) reifen Pläne für Währungsunionen. Gelingt es den Zentralbankkartellen, die Welt in eine Handvoll CBDC-Währungsblöcke aufzuteilen, garantiert ihnen das über die BIZ absolute Kontrolle – und damit mehr Macht als die herrschende Klasse je hatte. Weltmacht.

Welche ethischen Standards die Kaste der Bankster dabei anlegt, veranschaulichen exemplarisch die [unzähligen Skandale](#) rund um die sogenannte Vatikan-Bank (IOR). Korrekte [Bezeichnung](#) der »geheimnisvollsten Bank der Welt«: »Institute for the Works of Religion«. Kapital: 600 Millionen – angeblich. In Anbetracht der blutgetränkten Geschichte der katholischen Kirche würde ich eher von 600 Milliarden ausgehen. Mit der Compliance nimmt man es bei der Vatikan-Bank ohnehin nicht so genau. Schon in den 80ern waren »[Gottes Bunker](#)« in den Skandal um die Mailänder [Banco Ambrosiano](#) verwickelt. Es ging um Waffenhandel, Geldwäsche sowie Geschäfte mit der Mafia und der Loge [Propaganda Due](#) (P2).

[Roberto Calvi](#), seinerzeit Chef der Banco Ambrosiano, die wiederum mehrheitlich dem IOR gehörte, wurde am 18. Juni 1982 tot aufgefunden. Der 120-Kilo-Mann hing unter einer Brücke in der City of London. Die Zeiger seiner Patek-Philippe-Uhr waren auf 1:52 Uhr stehengeblieben. Calvi hing bis zur Hüfte im Wasser der Themse. In den Taschen seines Jacketts fand man Ziegelsteine und Zementbrocken. Trotzdem ordneten die Behörden die Tat als Selbstmord ein – obwohl selbst der [WDR](#) am 5. Februar 2002 konstatiert, dass alle Indizien für einen Mafia-Mord sprechen. Vielleicht wurden Calvi die Verluste der Ambrosiano-Briefkastenfirmen auf den [Bahamas](#) oder der Verlust von 250 Millionen Dollar an IOR-Einlagen zum Verhängnis. Sein Tod war jedenfalls kein Einzelfall im Umfeld des Ambrosiano-Skandals. Auch der schillernde wie korrupte Bankster [Michele Sindona](#), eng verbunden mit dem IOR und von der London Times einst als »Howard Hughes Italiens« bezeichnet, [starb](#) keines freiwilligen Todes. Nachdem er wegen eines von ihm erteilten [Mordauftrages](#) verurteilt und inhaftiert worden war, erlag er am 22. März 1986 einer Zyanidvergiftung.

Im Jahr 2012 schloss sogar die wenig zimperliche [JP Morgan Chase](#) ein Konto des IOR, weil der Heilige Stuhl »nicht in der Lage« war, Fragen hinsichtlich fragwürdiger Geldtransfers zu beantworten. 2010 beschlagnahmten die italienischen Behörden 23 Millionen Euro der Vatikan-Bank, weil diese gegen das Geldwäschegegesetz verstieß. Der Chef des Instituts, »[Finanzethiker](#)« [Ettore Gotti Tedeschi](#), wurde festgenommen. Das IOR bestritt die Vorwürfe, gelobte Besserung – und bekam das Geld zurück. Strafrechtliche Konsequenzen gab es keine. Nachdem Tedeschi im Mai 2012 den Chefsessel des IOR geräumt hatte, durchsuchte die Polizei nur einen Monat später sein Haus. Der Vorwurf dieses Mal: Verwicklung in einen [Bestechungsskandal](#) rund um indische [Regierungsbeamte](#) und den Rüstungskonzern [Finmeccanica](#) (heute: [Leonardo S.p.A.](#)). Man scheint sich im Vatikan einiges von den Kollegen bei der Mafia abgeschaut zu haben.

Natürlich ist die Bankenmafia nicht nur in die Finanzierung konventioneller Kriege involviert. Sie geht auch gegen nationale Oppositionsbewegungen und regimekritische Kräfte vor, um das Protektorat Staat vor Unbill zu bewahren. So fror die [Toronto-Dominion Bank](#) zwei privat geführte Spendenkonten des kanadischen »[Freedom Convoy](#)s« ein, der sich Anfang 2022 aus Protest gegen die Covid-Maßnahmen der Trudeau-Regierung formiert

hatte. Andere Banken zogen nach. Insgesamt wurden aufgrund des von der Regierung verhängten Notstands [210 Bankkonten](#) mit einem Gesamtvolumen von knapp sechs Millionen US-Dollar gesperrt. Viele davon über Monate hinweg. Nicht wenige der mit [totalitären](#) Methoden gepeinigten Protestteilnehmer brachte das in existentielle Nöte. [GoFundMe](#), eine bekannte Crowd-Funding-Plattform, nahm den entsprechenden Spendenauftrag der Trucker offline. Und auch die nach dem Verschwinden der GoFundMe-Seite als Alternative vorgesehenen Kryptowährungen waren kein sicherer Hafen. [34 Wallets](#) wurden vom »Financial Transactions and Reports Analysis Centre of Canada« (FINTRAC) sanktioniert. Egal ob Bitcoin-, Ethereum-, Litecoin-, Monero- oder Cardano-Adressen.

PayPal, Mastercard, Stripe, Etsy, Patreon – alle machten sie mit. Wer gegen Covid-Maßnahmen protestierte, lief Gefahr, seinen Account zu [verlieren](#). PayPal verhängte gar selbstständig [Strafzahlungen](#) und ermächtigte sich, das Konto von Kunden, die »Desinformation verbreiteten«, mit 2.500 USD zu belasten. GoFundMe behielt [neun Millionen](#) kanadische Dollar ein, die für den Trucker-Konvoi gespendet wurden, um sie eiskalt »*kredibilen, von GoFundMe verifizierten Charity-Organisationen*« zu überweisen. Das ist nichts anderes als staatlich goutierter Diebstahl.

Auch in [Deutschland](#) geht die Bankenmafia zusehends schärfer gegen Opposition und freie Medien vor. Daneben sind die Bankenkartelle selbstredend auch integraler Bestandteil des »War on Drugs«, des Krieges gegen Drogen, den speziell US-Präsidenten immer wieder gerne ausrufen. Ob [Reagan](#), [Nixon](#), [George H.W. Bush](#), [Clinton](#) oder [Obama](#) – alle beteuerten sie, sich dem ausufernden Drogenproblem der USA anzunehmen. Mit dem jeweils gleichen Ergebnis: Dem Ausbau des Polizeistaates. Die Menge der in Umlauf befindlichen Drogen wuchs natürlich weiterhin an. Neue [Wege](#) der Geldwäsche taten sich auf. Und der Markt floriert wie nie. Denn gerade in den USA, wo vor allem die [CIA](#) mehr als einmal des Drogenhandels im großen Stil [überführt](#) wurde – siehe »[Covert Action Info Bulletin](#)« vom Sommer 1987 – haben weder Staat noch Finanzmarkt ein Interesse daran, diesen einzudämmen. Im Gegenteil.

Die Finanzströme aus dem internationalen Drogenhandel sind ein vitaler Bestandteil des Weltwirtschaftssystems. Neben Chemie- und Pharmaprodukten, Lebensmitteln und fossilen Energieträgern sind Drogen der viertgrößte Handelsposten, wie ein 64 Seiten umfassender [UN-Report](#) 1998 detailliert darstellte. Damals belief sich das Jahresvolumen des Drogenhandels noch auf circa 400 Milliarden US-Dollar. Zumaldest offiziell. 2011 erklärte ein 140 Seiten starker [Report](#) des »United Nations Office on Drugs and Crime« ([UNODC](#)), dass Drogenhändler im Jahr 2009 gut 1,6 Billionen (Eng. Trillions) Dollar am internationalen Finanzmarkt gewaschen haben könnten. Der »Kampf gegen Drogen« ist demnach wohl eher als fruchtbare Kollaboration zwischen Staat, Banken und Drogenkartellen zu betrachten.

Und das hat Gründe. Wie der [GUARDIAN](#) am 13. Dezember 2009 auf Basis eines Interviews mit dem damaligen Leiter des UNODC ausführt, wäre das Finanzsystem im Rahmen der Krise 2007/2008 vermutlich kollabiert – hätte es nicht zig Milliarden Dollar aus dem Drogenhandel »absorbiert«. Gelder aus solch illegalen Geschäften seien zu diesem Zeitpunkt »*das einzige liquide Investmentkapital gewesen*«. Gesetze, Moral und Compliance sind also wieder einmal reine Makulatur.

Das unterstreicht auch das ungeheuerliche Treiben der gemäß eines beim [US-Justizministerium](#) katalogisierten [Buches](#) »*anrüchigsten Bank der Welt*«, der »Bank of Credit and Commerce International« ([BCCI](#)). Die 1972 gegründete und in Luxemburg registrierte Bank hatte auf dem Höhepunkt ihrer Geschichte mehr als 400 Niederlassungen in 78 Ländern und verwaltete Einlagen von gut 25 Milliarden US-Dollar. Damit war sie zeitweise die siebentgrößte Privatbank der Welt. Kerngeschäft der BCCI: Geldwäsche, Bestechung, Waffenhandel, Steuerhinterziehung, Terrorismusfinanzierung, Schmuggel, Prostitution, Menschenhandel und der Verkauf von Nukleartechnologie.

»*Die BCCI beteiligte sich an einer massiven Vertuschung und verbarg ihre illegalen Bankdienstleistungen, indem sie fiktive Kredite auf ihren Konten einführte. Daraüber hinaus nutzten die Führungskräfte der BCCI ehemalige Staatsoberhäupter, um ihre betrügerischen Bemühungen voranzutreiben. Sie bestachen auch lokale Beamte, um den Einfluss der Bank in den Vereinigten Staaten auszuweiten und einer Entdeckung durch staatliche Ermittler zu entgehen. Als die Bank zusammenbrach, fehlten 20 Milliarden Dollar (...). Das Buch beschreibt die Verbindungen der BCCI zur Central Intelligence Agency, Abu Nidal, dem Mossad, Andrew Young, Jimmy Carter, Manuel Noriega, Clark Clifford und Robert Altman. Es beschreibt auch die Rolle des Federal Reserve Board und der Bankprüfer, Price Waterhouse.*« ([Mark Potts](#), *Dirty Money: BCCI - The Inside Story of the World's Sleaziest Bank*, 1992)

Die BCCI wusch Milliarden für mexikanische und kolumbianische [Drogenkartelle](#). Beratungsunternehmen wie [Price Waterhouse](#) oder Ernst & Young spielten mit. Sie ignorierten, oder vertuschten, dass BCCI eigentlich schon ab 1977 insolvent war und ihrem Gründer, [Agha Hasan Abedi](#), zu ganz anderen Zwecken diente. Denn die Bank war ein CIA-gesteuertes Netzwerk zur Terrorfinanzierung. [Peter Dale Scott](#) schrieb dazu in seinem 2015 erschienenen [Buch](#) »*The American Deep State*«: »*Es ist klar, dass der amerikanische Deep State in Washington während der 80er mit der BBCI zusammenarbeitete und sie schützte*«. Auf Seite 29 seines erhellenden Werkes zitiert Scott den ehemaligen CIA-Direktor Richard Kerr, der vor einem Komitee des US-Senats aussagte, dass »*die CIA die BCCI für bestimmte geheimdienstliche Tätigkeiten nutzte*«.

Die BCCI half Saddam Hussein, indem sie Millionen von Dollar an eine Filiale der staatlichen Banca Nazionale del Lavoro (BNL), Bagdads US-Bank in Italien, überwies, sodass diese dem Irak ab 1985 geheime Kredite in Höhe von vier Milliarden Dollar für den

Ankauf von Waffen einräumen konnte. Die BNL war geschätzter Kunde der Deep-State-Consultants von [Kissinger Associates](#). Henry Kissinger wiederum saß zusammen mit [Brent Scowcroft](#), dem späteren Sicherheitsberater von George H.W. Bush, im internationalen Beirat der BNL.

Die »[\*diktatorgeführte\*](#)« BCCI finanzierte Osama bin Laden, verschob Devisen im Rahmen von Iran-Contra und führte diverse Geheimoperationen der CIA durch. Über die BCCI erhielt Osama bin Laden Informationen zur Handhabung des Offshore-Finanzwesens. Wissen, das ihm bei der Organisation des Dschihad gegen die Vereinigten Staaten zugute kommen sollte. Ein Religionskrieg, für den er Gelder über Niederlassungen der Al-Taqua Bank in Nassau und der Schweiz transferierte. Anteilseigner der Al-Taqua Bank: zwei Geschwister von Osama. Der Text »*The BCCI Game: Banking on America, Banking on Jihad*« aus einem [Buch](#) des CFR-Mitglieds [Lucy Komisar](#) kann dahingehend mit einigen interessanten Details aufwarten.

*»1988, wurde George H.W. Bush zum Präsidenten gewählt. Harken profitierte von einigen neuen Investoren, darunter Salem bin Laden, Osama bin Ladens Halbbruder, und Khalid bin Mahfouz. Osama bin Laden selbst war zu dieser Zeit mit anderen Dingen beschäftigt – er organisierte al-Qaida. Das Geld, das BCCI vor seiner Schließung im Jahr 1991 stahl – irgendwo zwischen 9,5 und 15 Milliarden Dollar – machte seinen 20 Jahre dauernden Raub zum größten Bankenbetrug der Geschichte. Der Großteil davon wurde nie wiedergefunden. Die Komplizenschaft internationaler Banken mit dem Offshore-Geheimhaltungssystem verwischte die Geldspur effektiv. Doch in den Jahren nach dem Zusammenbruch von BCCI schwamm Khalid bin Mahfouz immer noch in Bargeld. 1992 gründete er die Muwaafaq-Stiftung auf den Kanalinseln. Das US-Finanzministerium nannte sie eine al-Qaida-Tarnorganisation, die von reichen saudischen Geschäftsleuten finanziert wird. Als der BCCI-Skandal Ende der 1980er Jahre ans Licht kam, tat die Regierung Bush alles, um ihn zu vertuschen. Das Justizministerium ging erst gegen die Schuldigen vor – und war praktisch dazu gezwungen –, nachdem der New Yorker Bezirksstaatsanwalt Robert Morgenthau dies tat. Doch in zahlreichen US-amerikanischen und internationalen Ermittlungen liegen Beweise für die umfassenderen Verbindungen des BCCI vor. Jetzt könnte ein guter Zeitpunkt sein, die Verbindung BCCI-Osama-Saddam-Bush noch einmal zu untersuchen.«*

Und auch ein im Dezember 1992 publizierter, 583 Seiten umfassender [Bericht](#) zur »BCCI-Affäre« für den US-Senat dokumentiert das Ausmaß organisierter Kriminalität bei dem als Bank getarnten CIA-Satelliten. Vermutlich sind diese Umtriebe aber trotz allem Erstaunen über ihre Frevellosigkeit immer noch eher die Spitze des Eisbergs. Denn wie in der Welt des organisierten Verbrechens üblich, wird nur der geringste Teil der Taten aufgeklärt.

Nichtsdestotrotz zeigen schon die im vorliegenden Text versammelten Fakten, dass Regierungen nur Partizipation simulierendes Dekor sind. Die echten Entscheidungsträger

stehen nicht auf Parteitagen, Wahlzetteln oder den »*Brettern, die die Welt bedeuten*«. Sie sitzen in den Vorstandsetagen von Banken, Zentralbanken, Vermögensverwaltern, Hedgefonds und Stiftungen. Um diese These zu untermauern, genügt ein Blick gen Griechenland. Das Land trat der 1998 gegründeten Euro-Zone im Jahr 2001 unter denkbar schlechten Vorzeichen bei. Schon ein Jahr vor dem Beitritt lag die Staatsverschuldung bei 104,4 Prozent des BIP. Während der Finanzkrise ab 2007 stieg die Staatsschuldenquote bis auf 129,7 Prozent im Jahr 2009. Als Folge der globalen Finanzkrise wurde im April 2009 das [Financial Stability Board \(FSB\)](#) eingerichtet, das seinen Sitz bei der BIZ in Basel hat und das Weltfinanzsystem überwacht. Ein Jahr später formierte sich der [Euro-Rettungsschirm](#). Er setzt sich zusammen aus Europäischem Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM), Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und Stabilitätsmechanismus (ESM). Getreu dem Motto »Verluste sozialisieren« machte man die Staaten der Eurozone für die Schulden der anderen mitverantwortlich. Am 11. April 2010 beschlossen die Finanzjongleure der Eurozone, Griechenland auf drei Jahre angelegte Kredite in Höhe von 80 Milliarden Euro zu gewähren. Weitere 30 Milliarden spendete der IWF. Die griechische Regierung zwang man im Gegenzug dazu, einschneidende Reformen durchzuführen. Steuern wurden erhöht, Sozialleistungen gekürzt.

Trotz des Austeritätsprogramms, des Schuldenschnitts 2012 und den »*Hilfsmaßnahmen*« der in Frankfurt ansässigen EZB stieg die griechische Staatsverschuldung bis 2014 auf 177,1 Prozent des schrumpfenden BIP. Dann kam der Regierungswechsel. Mit [SYRIZA](#) übernahm ab 2015 eine radikal-linke Regierung die [zähen Verhandlungen](#) mit der EU. Griechenlands Verhandlungsführer, der Wirtschaftswissenschaftler und Finanzminister [Yanis Varoufakis](#), ließ sich allerdings nicht so leicht erpressen wie sein Vorgänger. Nach fünf Monaten brach er die Verhandlungen mit der EU ab. Schon am nächsten Tag beschloss das griechische Parlament, ein Referendum zum weiteren Vorgehen durchzuführen. Als Akt der Vergeltung stellte der damalige EZB-Chef [Mario Draghi](#) den Kapitalverkehr zu griechischen Banken ein. Trotz daraus resultierender Einschränkungen im Zahlungsverkehr und reduzierter Verfügbarkeit von [Bargeld](#) stimmte die griechische Bevölkerung mit 61,1 Prozent klar gegen Erpressung und Kredit-Kolonialismus aus Frankfurt und Brüssel.

Doch noch am gleichen Abend überkam den griechischen Regierungschef Alexis Tsipras ein überraschender Sinneswandel. Aus nicht nachvollziehbaren Gründen gab er dem Druck der [Troika](#) – bestehend aus EU, EZB und IWF – plötzlich nach und ignorierte das Ergebnis des Referendums. Varoufakis, der den übergriffigen Zentralbänkern wie kein anderer Politiker der jüngeren Geschichte Paroli geboten hatte, war vor den Kopf gestoßen und trat zurück. Tsipras verhandelte weiter. Und knickte ein. EFSM und ESM schickten weitere 93,16 Milliarden nach Athen. Griechenland trat daraufhin eine massive [Privatisierungswelle](#) los. Einen Ausverkauf. Das Land [verscherbelt](#) sein komplettes Staatsvermögen. Inklusive [Zentralbankanteile](#). Bis [heute](#). Und 2028 sind die nächsten Raten an die Troika fällig. Die Heuschrecken haben die Wiege der Demokratie fest im Griff. Im Würgegriff.

Nicht anders ergeht es der Ukraine. Denn auch von diesem Krieg profitiert ausschließlich das supranationale Finanzmarktkartell. Schon Ende 2022 stimmte [BlackRock](#) zu, fortan sämtliche Investitionen in der Ukraine zu koordinieren. Im Sommer 2023 meldete die [Financial Times](#), dass BlackRock und JP Morgan dabei helfen werden, eine Rekonstruktionsbank in der Ukraine aufzusetzen. Für die Rückzahlung der Darlehen zum Wiederaufbau räumte man Selenskyj ein Schuldenmoratorium ein – um nun Mitte 2024 auf die [Rückzahlung](#) der Kredite zu pochen. Die Folge: Das Land wird vom wertewestlichen Finanzmarktkartell gezwungen, sein gesamtes Staatsvermögen zu privatisieren. US-Senator [Lindsey Graham](#) gab unlängst gar offen zu, worum es dem Imperium in der Ukraine wirklich geht: »*Zehn bis zwölf Billionen US-Dollar an wichtigen Mineralien*«.

Wäre aus der von System-Opportunisten wie [Nancy Pelosi](#), [Michael Bloomberg](#) und [Jeffrey Sachs](#) gekaperten [Occupy Wall Street](#)-Bewegung so etwas wie »Abolish Wall Street« geworden – Wall Street abschaffen – also ein wahrhaftiger, wuchtiger, internationaler Massenprotest von unten, wäre die Welt heute vielleicht eine andere. Eine ohne Zentralbanken, Rettungsschirme und Krypto-Control-Grid. Doch Polizeistaat und Aufmerksamkeitsökonomie taten ihre Wirkung. Nach ein paar Monaten wurden die Protestcamps kleinlaut abgebaut oder gewaltsam geräumt. Die Politdarsteller rangen sich zu ein paar unverbindlichen Lippenbekenntnissen durch – und der Protest ebbte ab. Schade, denn die kurz aufflodernde Flamme des Widerstandes hatte dieses eine Mal endlich das tatsächliche Problem im Sucher.

Die Crux erfasste auch [Nayib Bukele](#), seit 2019 Präsident von El Salvador, als er bei einer [Rede](#) (ab 18:30 Min.) auf der »Conservative Political Action Conference« ([CPAC](#)) im Februar 2022 die Frage stellte, warum die Bevölkerung überhaupt Steuern zahlen müsse, wenn das polit-finanzielle Zentralbankenkartell doch nach Belieben Papiergele aus dem Nichts drucken kann. Seine Antwort:

*»Das eigentliche Problem ist, dass sie nur hohe Steuern zahlen, um die Illusion aufrecht zu erhalten, die Regierung zu finanzieren – was sie nicht tun«.*

So bleibt ausgangs resümierend festzuhalten – Erstens: Jeder, der nicht von einem Befreiungsschlag gegenüber dem Zentralbankenkartell spricht, von einer autonomen, zinsfreien, an Gegenwerte gekoppelten Währung, von finanzieller Freiheit, vertritt nicht die Interessen der Bevölkerung. Denn er hat das System entweder nicht verstanden – oder profitiert davon.

Zweitens: Kriege werden nicht durch Wahlen verhindert, sondern durch breiten gesellschaftlichen Protest. Durch eine echte Friedensbewegung, die sich nicht durch Herrschaftsdialektik spalten lässt und den wahren Gegner im Blick behält: Die Finanziers der »*Economic Hit Men*«.



---

regenauer.press

---

Drittens: Sie, werter Leser, haben die Zukunft in der Hand. In diesem Fall sogar sprichwörtlich. Boykottieren sie all jene, die gegen ihre Interessen handeln. Mental und monetär. Zahlen sie bar – und investieren sie in Sachwerte, Erlebnisse oder bleibende Erinnerungen. Die kann ihnen auch beim Kollaps dieses Systems keiner mehr nehmen.

»*Ein freier Mann ist, wer keine Schulden hat*«. (Unbekannt)